

Chancen und Risiken für den Mittelstand

Wahlrechte jetzt ausüben!



Paul Helling,
Wirtschaftsprüfer und
Steuerberater

Neue Bilanzierungsregeln zum Jahreswechsel erfordern neue Entscheidungen von Unternehmern. Das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (besser bekannt als BilMoG), das Wachstumsbeschleunigungsgesetz und Rechnungslegungshinweise des Instituts der Wirtschaftsprüfer enthalten

Bestimmungen, die Anpassungen schon jetzt zweckmäßig erscheinen lassen.

Die Einheitsbilanz ist tot, künftig werden eine handelsrechtliche und eine steuerrechtliche Bilanzierung erforderlich.

Die **Aufgabe des umgekehrten Maßgeblichkeitsprinzips** ermöglicht die Neutralisierung von Steuergewinnen unabhängig von der Behandlung in der Handelsbilanz. Allerdings sind die steuerlichen Wertansätze in einem gesonderten Verzeichnis fortzuschreiben. Überlegen Sie rechtzeitig, welche steuerlichen Wahlrechte Sie ausüben möchten (z.B. Sonderabschreibungen, 6b-Rücklage, Rücklage für Ersatzbeschaffung). Steuerliche Sonderposten führen handelsrechtlich zu latenten Steuern.

Eine **vorzeitige gesamte Anwendung**

des BilMoG zum 31.12.2009 kann zur Verbesserung des Eigenkapitals bereits für 2009 genutzt werden. Dies kann erreicht werden z.B. durch die erfolgsneutrale Überführung steuerlicher Sonderposten in Rücklagen. Damit steigt auch die Eigenkapitalquote. Lediglich der erwartete Steueranteil ist als Schuldposten auszuweisen.

Der bilanzielle Ansatz selbst geschaffener immaterieller Vermögensgegenstände, wie zum Beispiel die Aktivierung der Kosten der Entwicklung neuer Güter oder deren Fertigung, erhöht das handelsrechtliche Ergebnis, das steuerrechtliche Ergebnis bleibt unverändert! Die Aktivierung erfordert eine genaue Aufzeichnung der Aufwendungen für den Vermögensgegenstand. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Aufwendungen erst dann aktiviert werden dürfen, wenn sie in eine konkrete Anwendungsmöglichkeit münden. Ist keine Abgrenzung möglich, kann nicht aktiviert werden. Das Wahlrecht führt zum steuerlichen Aktivierungsverbot.

Der **Komponentenansatz** ist eine neue zulässige Art der Aktivierung von Vermögensgegenständen, deren Teile eine stark voneinander abweichende Nutzungsdauer aufweisen (z.B. ein Haus und dessen Dach). Folgerichtig führen handelsrechtlich die Ausgaben für den Ersatz einer Komponente dann nicht mehr zu Erhaltungsaufwand, sondern

zu nachträglichen Anschaffungskosten. Damit werden die Ausgaben über die Nutzungszeit verteilt. Die Aufwendungen für Großreparaturen dürfen dagegen weiterhin nicht aktiviert werden. Aufwandsrückstellungen hierfür sind nicht mehr zulässig. Der Komponentenansatz wird steuerlich noch nicht anerkannt.

Geringwertige Wirtschaftsgüter können ab 2010 wieder bis zu 410 Euro direkt voll abgeschrieben werden. Dann entfällt der Sammelposten für Anlagegüter zwischen 150 Euro und 1000 Euro. Alternativ kann die Einstellung in den Sammelposten mit einer Abschreibung von fünf Jahren auch handelsrechtlich beibehalten bleiben.

Pensionsrückstellungen sind zukünftig steuerrechtlich und handelsrechtlich getrennt zu bewerten. Handelsrechtlich sind künftige Erhöhungen der Pensionen zu berücksichtigen und nur noch geringere Abzinsungen möglich. Damit wird der Rückstellungsbetrag im Regelfall deutlich ansteigen. Planen Sie Ihre Personalkosten richtig! Der Differenzbetrag zwischen handels- und steuerrechtlicher Ermittlung, der sich ergibt zu Beginn des Jahres der erstmaligen Anwendung des BilMoG, darf in gleichen Beträgen auf eine Laufzeit von höchstens 15 Jahren verteilt werden (Wahlrecht). ■

Paul Helling | OBIC Revision GmbH

Die Berater unter einem Dach.

VOSS SCHNITGER STEENKEN BÜNGER & PARTNER
STEUERBERATER • RECHTSANWALT • VEREIDIGTE BUCHPRÜFER • WIRTSCHAFTSPRÜFER

OBIC REVISION GMBH
WIRTSCHAFTSPRÜFUNGSGESELLSCHAFT



Besuchen Sie uns auf www.obic.de
oder in 26129 Oldenburg • Ammerländer Heerstraße 231 • 0441 - 9716 - 0

